

Im Schlusspurt hat das überparteiliche Komitee die Hürde von 50 000 Unterschriften knapp geschafft. Rechtsgültig ist das Referendum allerdings erst, wenn die Bundeskanzlei die Unterschriften geprüft hat. Keine Freude hat die SVP, die nun Stellung beziehen muss.

CHRISTOF FORSTER

Es war bis zum Schluss eine Zitterpartie. Noch Ende September sah es nach einem Scheitern des Referendums gegen die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien aus. Bis dahin hatten die Junge SVP, die Schweizer Demokraten (SD) und die Tessiner Lega erst 38 000 Unterschriften beisammen. Es sei vor allem ein Verdienst des St. Galler SVP-Nationalrats Lukas Reimann und der Jungen SVP, dass es doch noch geklappt habe, sagte SD-Geschäftsführer Bernhard Hess gestern bei der Einreichung. Die Junge SVP hat 22 600, die Lega 14 300 und die SD 13 500 Unterschriften gesammelt; weitere 1300 kamen von diversen Organisationen.

Noch ist allerdings nicht ganz sicher, ob die 51 700 Unterschriften ausreichen für das Zustandekommen des Referendums. Die Bundeskanzlei prüft nun die Unterschriften. Allerdings ist es eher unwahrscheinlich, dass die Bundeskanzlei über 1700 ungültige Signaturen findet und das Quorum von 50 000 Unterschriften nicht erreicht wird. Hess zeigte sich gestern zuversichtlich: Man habe die Unterschriften sorgfältig geprüft.

Die Abstimmung findet voraussichtlich am 8. Februar 2009 statt.

Stimmfreigabe oder Boykott?

Das Unterschriftensammeln verlief derart harzig, weil die SVP und die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) das Referendum ablehnten und dem Komitee keine logistische Unter-



Der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann bei der Einreichung der Unterschriften.

PETER SCHNEIDER/KEYSTONE

stützung anboten. Laut Hess wäre eine solche «Feuerwehübung» nie nötig gewesen, wenn die Auns ihre 45 000 Adressen dem Komitee zur Verfügung gestellt hätte.

Weil das Parlament Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit zu einem Paket schnürte, war die SVP mit einer Alles-oder-nichts-Frage konfrontiert. Das Referendum nur gegen die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien war nicht möglich. Aus Rücksicht auf die Wirtschaft hatte die SVP auf das Referendum verzichtet – und gehofft, dass es nicht zustande kommt. Nun muss die SVP dennoch Stellung beziehen. Laut Auns-Geschäftsführer Hans Fehr ist es unvermeidlich, dass die Partei in dieser Frage gespalten ist zwischen nationalkonservativen und wirtschaftsliberalen Strömungen. Um

die Spannungen zu entschärfen, könnte die Partei wie 2005 beim Referendum gegen die Osterweiterung die Nein-Parole beschliessen, sich aber im Abstimmungskampf weitgehend enthalten. Mit dem Nein wäre einerseits die Klientel der «Überfremdungsgegner» bedient

und die Passivität im Abstimmungskampf wäre ein Zugeständnis an den Wirtschaftsflügel.

Oder die Partei beschliesst Stimmfreigabe oder boykottiert gar die Abstimmung. Dafür plädiert der Berner SVP-Nationalrat Hansruedi Wandfluh, der 2005 im Pro-Komi-

tee der SVP mitmachte. Über ein solches der Demokratie nicht würdiges Paket werde er nicht abstimmen, sagte Wandfluh.

Gegnern Sieg geschenkt

Kritik gab es gestern auch für das Referendumskomitee. Mit der Abstimmung werde den politischen Gegnern ein grosser Sieg geschenkt, sagte Fehr. Er rechnet mit einer Zustimmung bis zu 70 Prozent. Damit werde der bilaterale Weg und die Personenfreizügigkeit viel deutlicher als in den vergangenen Abstimmungen legitimiert. Das macht es für die SVP künftig schwieriger, mit dem freien Personenverkehr Anti-EU-Abwehrreflexe zu bedienen. Auch Referenden gegen künftige Erweiterungen (beispielsweise Kroatien) werden erschwert.

Breite Pro-Koalition

SP, FDP, CVP, Grüne, EVP, Grünliberale, BDP und Liberale stellen sich am Donnerstag in einem gemeinsamen Communiqué hinter die Bilateralen. Diese hätten die Schweiz auf den Wachstumspfad zurückgebracht. In den letzten drei Jahren seien so 190 000 zusätzliche Arbeitsplätze

geschaffen worden. Man werde vehement für ein Ja zu den Bilateralen werben, schreiben die Parteien weiter. Dabei können die Befürworter auch auf die Wirtschaftsverbände zählen, die bereits unmittelbar nach dem Ja des Parlaments ihre Kampagne gestartet hatten. (sda)